



Maßnahmen gegen Altersarmut für die kommende Legislaturperiode

Stuttgart, 9. März 2026

An die Verhandlungsgruppen für den Koalitionsvertrag 2026-2031

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen bitten wir Sie, die folgenden Anregungen und Themen verbindlich aufzunehmen und im Koalitionsvertrag zu verankern. Dadurch stärken Sie nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Baden-Württembergs, sondern sichern auch langfristig die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger im Alter. Die anstehenden Koalitionsverhandlungen und der daraus resultierende Koalitionsvertrag sind der Grundstein, um strukturelle Ursachen von Altersarmut auf Landesebene anzugehen und in der bevorstehenden Legislaturperiode wirksam umzusetzen.

Im Bündnis Altersarmut Baden-Württemberg engagieren sich heute mehr als 40 Sozialverbände, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche und kirchliche Organisationen. Als breit verankertes gesellschaftliches Bündnis vertreten wir die Perspektive der von Altersarmut betroffenen Menschen und bringen die konkreten Auswirkungen politischer Entscheidungen auf deren Lebensrealität in den parlamentarischen und politischen Prozess ein.

Altersarmut wird häufig als bundespolitisches Thema betrachtet. Tatsächlich verfügt das Land Baden-Württemberg über erhebliche Gestaltungsspielräume zur Prävention und Milderung von Armut im Alter – insbesondere in der Pflegepolitik, der Wohnraumförderung, der Gleichstellungs- und Bildungspolitik sowie in der Ausgestaltung sozialer Infrastruktur.

Maßnahmen zur Prävention von Altersarmut

Altersarmut darf nicht vom Einkommen des Partners abhängen. Der erste Bericht zur gesellschaftlichen Teilhabe in Baden-Württemberg (2025) zeigt aber deutlich: Ohne das Partnereinkommen wären 54 % der Seniorinnen unmittelbar armutsgefährdet.

Prävention von Altersarmut ist eine zentrale landespolitische Querschnittsaufgabe. Sie beginnt mit der konsequenten Förderung eigenständiger Existenzsicherung über den gesamten Lebensverlauf. Das Land verfügt insbesondere in der Bildungs-, Gleichstellungs- und Arbeitsmarktpolitik über relevante Steuerungsinstrumente, die im Koalitionsvertrag systematisch gebündelt werden sollten.

Wir halten die folgenden landespolitischen Maßnahmen daher für dringend erforderlich:

- Eine landesweite, ressortübergreifend abgestimmte Strategie zur Stärkung eigenständiger Existenzsicherung und zur Vermeidung geschlechtsspezifischer Erwerbs- und Einkommenslücken, die verbindlich im Koalitionsvertrag mit klaren Zielsetzungen hinterlegt wird. Dazu gehören gezielte Informations- und Bildungsangebote an Schulen, in der Berufsorientierung sowie im Sozialraum – mit besonderem Fokus auf Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund und/oder Behinderungen.
- Stärkung vollzeitnaher und existenzsichernder Erwerbstätigkeit von Frauen, maßgeblich durch verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, durch verlässliche und bezahlbare Betreuungsangebote.

Pflege in der Krise

Pflegebedürftigkeit ist nicht nur eine finanzielle Belastung, sondern ein massives Armutsrisiko für Betroffene und pflegende Angehörige. In der häuslichen Pflege, wo die meisten Pflegebedürftigen versorgt werden, stellt die Kombination aus stetig steigenden Pflegekosten und Belastungen wie Verdienstaufschlägen bei pflegenden Angehörigen eine zunehmende Herausforderung dar. Im ersten Jahr stationärer Pflege zahlen Betroffene durchschnittlich 3.532 € monatlich. 461€ machen dabei allein die durchschnittlichen Investitionskosten aus, wobei diese von Heim zu Heim massiv schwanken und teilweise bei mehr als 1200€ liegen; ein Drittel der Heimbewohner ist auf Hilfe zur Pflege angewiesen. Die Investitionskostenförderung und Pflegeplanung liegen in der Verantwortung des Landes. Pflegebedürftigkeit darf nach einem langen Leben der Erwerbstätigkeit, Kindererziehung und Angehörigenpflege nicht in die Sozialhilfe führen.

Wir halten die folgenden landespolitischen Maßnahmen daher für dringend erforderlich:

- Den Wiedereinstieg in eine verlässliche Investitionskostenförderung.
- Den aktiven Einsatz auf Bundesebene für eine wirksame Deckelung der pflegebedingten Kosten in der ambulanten und stationären Pflege.

Bezahlbares Wohnen im Alter

Bezahlbares, barrierefreies Wohnen ist Voraussetzung für selbstbestimmtes Leben im Alter. Steigende Wohnkosten sind ein zentraler Treiber von Altersarmut. Ältere Menschen brauchen bezahlbare, barrierefreie Wohnungen in ihrem Quartier. Dort, wo ihr soziales Netz ist und

unabhängig von Ihren finanziellen Möglichkeiten. Über Wohnraumförderung, Landesbauordnung und Förderprogramme besitzt das Land wesentliche Steuerungsinstrumente.

Wir halten die folgenden landespolitischen Maßnahmen daher für dringend erforderlich:

- Eine Stärkung der sozialen Wohnraumförderung mit verbindlichem Schwerpunkt auf altersgerechtem und barrierefreiem Wohnraum.
- Ein landesweites Gutachten zu Bestand und Bedarf an barrierefreiem Wohnraum als Grundlage strategischer Planung.

Wir bitten Sie, die genannten Punkte verbindlich im Koalitionsvertrag zu berücksichtigen, und stehen für einen vertiefenden Austausch mit unserer Expertise und Erfahrungen aus der Praxis gerne zur Verfügung.

Die Bekämpfung von Altersarmut ist eine **gesamtgesellschaftliche Aufgabe**, die eine enge Zusammenarbeit von Politik, Kommunen, Sozialverbänden, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft erfordert. Denn ein starkes Baden-Württemberg muss auch ein Land sein, **in dem Menschen im Alter in Würde und sozialer Sicherheit leben können.**

Mit freundlichen Grüßen



Ulf Hartmann
Vorstand
Der Paritätische Baden-Württemberg



Prof. Dr. Annette Noller
Vorstandsvorsitzende
Diakonisches Werk Württemberg



Hans-Josef Hotz
Landesvorsitzender Sozialverband VdK
Baden-Württemberg e.V.



Maike Schollenberger
Landesbezirksleiterin ver.di
Ressort 1